

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 76 (1984)

Heft: 3

Artikel: Gedanken zur gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik

Autor: Hardmeier, Benno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken zur gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik

Benno Hardmeier*

Die Ziele der Gewerkschaftspolitik – insbesondere auch der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik – lassen sich zunächst plakativ mit folgenden Stichworten umschreiben: Vollbeschäftigung, gerechtere Verteilung, soziale Sicherheit, Chancengleichheit, Demokratisierung und Humanisierung der Wirtschaft. Es handelt sich klar erkennbar sowohl um *quantitative als auch um qualitative Zielsetzungen*.

Auf den für die Gewerkschaften als Interessenorganisationen der Arbeitnehmer vorrangigen Beschäftigungsaspekt bezogen heisst das: Es genügt nicht, dass so viele Arbeitsplätze vorhanden sind wie Nachfragende auf den Arbeitsmärkten; auch die Art und Qualität der Arbeitsplätze muss stimmen. Die Menschen brauchen eine Arbeit, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht, die weder über- noch unterfordert, mit Chancen zur persönlichen Erfüllung und Entfaltung und in einem humanen Umfeld.

Gerade heute, im Zuge einer alle Arbeits- und Lebensbereiche durchdringenden Technisierung, ist es notwendig, über den *Sinn der Arbeit* nachzudenken, der Erwerbsarbeit und der Eigenarbeit. Es wäre verhängnisvoll, wenn all das, was man unter dem Begriff der Kreativität zu verstehen hat, mehr und mehr von der Erwerbsarbeit ausgeklammert, in den Konsum- und Freizeitbereich abgedrängt und «die Arbeit» ausser Verdienst und Stress nichts weiteres beinhalten würde.

Mit andern Worten: Die Gewerkschaften wollen – wie eh und je – den Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen vergrössern. Jedoch geht es ihnen um sehr viel mehr als materielle Absicherung und Besserstellung. Wohlfahrt ohne Wohlbefinden entbehrt des Sinnes. Umgekehrt setzt Wohlergehen Befriedigung materieller Bedürfnisse voraus. Gewerkschaftliches Tun und Handeln will ganzheitlich verstanden sein. Es zielt auf bessere und gerechtere Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen, menschlichere und solidarischere Formen des Zusammenlebens, individuelle Frei- und Gestaltungsräume. Dabei ist Gerechtigkeit als Orientierungsparameter zu verstehen, nicht als Zustand, der ein für allemal erreichbar wäre, sondern als Prozess.

Einschränkend ist in diesem Zusammenhang immerhin zu präzisieren, dass die Gewerkschaften keinesfalls beanspruchen, auf sogenannt letzte Fragen Antworten geben zu wollen. Da halten sie sich bewusst heraus. Deshalb auch die übliche Umschreibung in den Gewerkschaftsstatuten: «religiös neutral», im Gegensatz zu «parteipolitisch unabhängig»; der Unterschied ist fundamental.

* Dr. Benno Hardmeier ist Sekretär des SGB.

Gemäss ihrem Auftrag und Wesen sind die Gewerkschaften – im Vergleich etwa zu bestimmten politischen Parteien – weniger programmatisch oder gar visionär ausgerichtet als vielmehr *pragmatisch*. Man mag das bedauern; es bleibt gleichwohl eine Tatsache, die im übrigen nicht nur für helvetische Verhältnisse zutrifft. So markante Persönlichkeiten wie zum Beispiel Max Weber, dessen Wirken in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung ganz allgemein und im SGB im besonderen Spuren hinterlassen hat, bekannten sich selbst bei tiefster theoretischer und weltanschaulicher Verankerung zu diesem gewerkschaftlichen Pragmatismus. In seiner ausführlichen Besprechung des Buches von Marcela Hohl «Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber und sein Einfluss auf die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes» weist Willy Keller zu Recht darauf hin (Seite 82).

Flexibilität statt theoretisches Zwangskorsett

Diese auf das Praktische und Machbare ausgerichtete Grundhaltung spiegelt sich nicht zuletzt *in der Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften*. Da wird nicht einfach eine bestimmte wissenschaftliche Lehrmeinung oder Modeströmung zum Dogma erhoben. Kennzeichnend ist vielmehr, dass Elemente verschiedener Theorien als Basis für eine echt arbeitnehmerorientierte Wirtschaftspolitik dienen. Zu dieser Schlussfolgerung muss man kommen, wenn man den wirtschaftspolitischen Teil des SGB-Arbeitsprogramms für die achtziger Jahre sowie die unzähligen Vernehmlassungen, Eingaben und Stellungnahmen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu aktuellen Wirtschaftsfragen analysiert. Dieser bewusste *Verzicht auf ein theoretisches Zwangskorsett* sichert, was nicht unwesentlich ist, der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik auch jene Flexibilität, die in Anbetracht rasch sich ändernder wirtschaftlicher und technologischer Rahmenbedingungen notwendig ist, um gewerkschaftsspezifisches Handeln durchzusetzen.

Die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik schliesst *Konsumentenpolitik* mit ein. Schon immer haben die Gewerkschaften die beiden Seiten der Lohn- und Einkommenspolitik in das Interessenkalkül einbezogen: die laufende Verbesserung der Arbeitnehmereinkommen *und* die Einkommensverwendung. Wichtig ist ja nicht nur, wie gross das persönliche verfügbare Einkommen ist; es kommt ebenso darauf an, was man damit anfangen kann. Für die Lebenslage einer Arbeitnehmerfamilie ist zum Beispiel die finanzielle Belastung durch die Wohnungsmiete mitentscheidend. Deshalb sind Wohnbauförderung (inklusive zu verbessernde Wohnqualität) und Mieterschutz wesentliche Anliegen der Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund seit der Gründung im Jahre 1955 das Sekretariat der «Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten» (AGAK) betreut, dass er ferner zu den Hauptträgern und Mitgründern der «Stiftung für Konsumentenschutz» (SKS) gehört.

Eine andere Hauptkomponente der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik ist der *Umweltschutz*. Mehr denn je ist Wirtschaftspolitik auch Umweltpolitik. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch das SGB-Arbeitsprogramm. Bei den gewerkschaftlichen Forderungen in der Boden-, Verkehrs-, Finanz- und Energiepolitik sind die entsprechenden Bezugspunkte besonders augenfällig. Hinzu kommt in der gewerkschaftlichen Energiepolitik, dass sie schwergewichtig auch auf positive Beschäftigungswirkungen zielt, vorab über Energiesparmassnahmen wie Gebäudesanierungen und die Förderung alternativer Energien.

Damit ist sowohl die Vielzahl der Ansätze für die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik angedeutet als auch der Umstand vermerkt, dass diese Wirtschaftspolitik nicht eindimensional ist. Gut lässt sich das am *Beispiel der Agrarpolitik* veranschaulichen: Der SGB ist bemüht, den verschiedenen Gesichtspunkten, Zielsetzungen und Interessenlagen, die in die Agrarpolitik einfließen, Rechnung zu tragen. Die SGB-Agrarpolitik ist nicht nur auf die kurzfristigen materiellen Konsumenteninteressen ausgerichtet. Sie berücksichtigt Gebote des Tier-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Missbräuche und Auswüchse, etwa bei der Verwendung von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln oder im Zusammenhang mit sogenannten Tierfabriken, sind zu verhindern. Das bedeutet allenfalls Verbote und scharfe Kontrollen, einschließlich einer wirksame und umfassende Lebensmittelkontrolle. Ein Pluralismus der landwirtschaftlichen Betriebs- und Bewirtschaftungsformen scheint angezeigt.

Handelnder statt Nachtwächter-Staat

Zu den grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik, die sich den Gewerkschaften stellen, gehört die *Rolle des Staates*. Die Gewerkschaften wollen nicht nur einen sozialen, sondern auch einen wirtschaftlich aktiven Staat. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften sind nicht vereinbar mit dem Ideal des «Nachtwächterstaates». Sie stützen sich auf das realistische Konzept einer gemischten Wirtschaft mit einem privaten, einem öffentlichen und einem genossenschaftlichen Sektor und gründen auf der Einsicht, dass Marktmechanismus und Wirtschaftsplanung keine Gegensätze sind, sondern sich ergänzen. Der Staat kann sich nicht darauf beschränken, nur Rahmenbedingungen zu setzen. Die weltweiten und die nationalen Konjunktur-, Struktur-, Beschäftigungs- und Energieprobleme können nicht anders als zu Staatsinterventionen führen. Dabei ist indirekten Lenkungsmassnahmen, zum Beispiel über die Geld- und Finanzpolitik, vor direkten Staatseingriffen klar der Vorzug zu geben.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik ist die *Beschäftigungspolitik* absolut vorrangig. Gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik ist heute in erster Linie Beschäftigungspolitik. Die Arbeitslosigkeit ist die Hauptsorge der Gewerkschaften. Mit dem, was mitunter recht leichtfertig und beschönigend als Sockelarbeitslosigkeit bezeichnet wird, können

sich die Schweizer Gewerkschaften so wenig abfinden wie die ausländischen. Das Recht auf Arbeit – für Männer und Frauen – ist und bleibt eine gewerkschaftliche Forderung von höchster Aktualität. Vollbeschäftigung realisieren heisst für die Gewerkschaften, den schwierigen Weg finden zwischen den Klippen eines unkontrollierten quantitativen Wachstums und des Nullwachstums. Anzustreben ist ein *qualitatives Wachstum* ohne zusätzliche Umweltbelastung und Ressourcenverschleiss und bei verbesserten Produktions- und Arbeitsbedingungen.

Zur Beschäftigungspolitik gehört die *Regionalpolitik*. Wirtschaftlich bedrohten oder schwachen Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gezielt zu helfen, ist eine Notwendigkeit und ein soziales Gebot. Der SGB hat sich wiederholt für einen Ausbau des regionalwirtschaftlichen Instrumentariums eingesetzt. – Der Beschäftigungsaspekt verleiht der gewerkschaftlichen Forderung nach *Arbeitszeitverkürzung* (inklusive Ferienverlängerung) zusätzliches Gewicht. Allerdings verlangen die Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzungen nicht nur, weil dadurch das Arbeitsvolumen auf mehr Menschen verteilt werden kann. Kürzere Arbeitszeiten sind ein unerlässlicher Ausgleich für den verschärften Leistungsdruck am Arbeitsplatz. Der Arbeitnehmer braucht längere Erholungszeiten; er braucht mehr Freizeit, um seine kreativen Fähigkeiten besser entfalten zu können. – Im Konnex der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat die *Berufsbildung* einen hohen Stellenwert. Wichtig ist nicht nur die Erstausbildung, sondern ebenso sehr die Zweitausbildung und Weiterbildung.

Zur Schicksalsfrage für die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft und damit für die Beschäftigung dürfte die *Innovationsbereitschaft und -fähigkeit* werden. Darauf hat Professor Charles Sabel in seinem Referat vor dem OeGB-Kongress im vergangenen Herbst den Finger gelegt. (Seite 71) Speziell für kleine aber hochentwickelte Volkswirtschaften empfiehlt er eine Wirtschaftspolitik, die auf eine Förderung der permanenten Innovation ausgerichtet ist. Sabels Konzept der «flexiblen Spezialisierung», das allerdings weder neu noch originell ist, dürfte im grossen und ganzen der Linie entsprechen, die auch im Bundesamt für Konjunkturfragen verfolgt wird. Leider und unverständlichweise haben die Arbeitgeberverbände einen ersten und wohl durchdachten Vorschlag zur Schaffung einer Innovationsrisikogarantie aus vorwiegend ideologischen Gründen abgeblockt. Immerhin stehen die Chancen für eine im Effekt gleichwertige Ersatzlösung nicht schlecht. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erachtet eine wirkungsvolle Innovationsförderung als notwendig. Sie soll in erster Linie kleineren und mittleren Unternehmen, die etwas Neues wagen wollen, zugute kommen und regionalwirtschaftliche Erfordernisse berücksichtigen. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist einmal mehr zu betonen und zu fordern, dass technologische Entwicklungen, die meistens mit wirtschaftlichen Strukturänderungen verbunden sind, parallel gehen müssen mit *umfassenden sozialen Absicherungen*. Wenn es darum geht, wer die Lasten technologischer und wirtschaftlicher Än-

derungen zu tragen hat, sind die Gewerkschaften im Interesse betroffener Arbeitnehmer zu keinen Konzessionen bereit. Dann nämlich muss sich zeigen, ob die vielgepriesene Solidarität nur ein leeres Wort ist oder effektiv zum Tragen kommt.

Vor dem Hintergrund anstehender und künftiger wirtschaftlicher Schwierigkeiten gilt es, das gewerkschaftliche Augenmerk auf das *schweizerische Wirtschaftsrecht* zu richten und hängige Gesetzesrevisionen (Aktienrecht, Wettbewerbsrecht) auf Fortschritt zu trimmen. In diesen Zusammenhang gehört auch der Kündigungsschutz, den zu verbessern ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften ist. Und natürlich auch die Bankeninitiative! In diesen wie in anderen Bereichen (z. B. Energiepolitik) werden Weichen auf längere Sicht gestellt: zugunsten der Arbeitnehmer (u. a. Kündigungsschutz, Mitbestimmungsrechte, für mehr Arbeits- und Lebensqualität) oder auf bloss unternehmensegoistische Zwecke ausgerichtet.

Absicht dieses kurzen Beitrages war nicht, ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept der Gewerkschaften darzulegen. Es ging vielmehr um das Aufzeigen einiger Grundsatzfragen und Zusammenhänge. Anlass dazu gaben das in dieser Nummer der Gewerkschaftlichen Rundschau publizierte Referat von Prof. Charles Sabel sowie der Artikel von Willy Keller über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber.